

Keine Umgehung für die Kaiserstraße

Wirtschaftsminister fordert Projekt beim Bund nicht ein – anders als Kanalausbau und andere Umgehungen

VON RAINER BREDA

HILDESHEIM. Ist die Nordumgehung für die nächsten Jahrzehnte vom Tisch? Die Grünen gehen fest davon aus. Sie stützen sich auf die Stellungnahme des niedersächsischen Wirtschaftsministers Olaf Lies zum Bundesverkehrswegeplan. Der SPD-Politiker bittet in dem Papier den Bund darum, 16 Straßenbau-Projekte höher einzustufen – die Nordumgehung ist nicht darunter. „Damit wird sie auch in der ferneren Zukunft nicht kommen“, ist Grünen-Fraktionschef Ulrich Rübiger sicher. Seine Partei lehnt das Vorhaben ab. Der SPD-Landtagsabgeordnete Bernd Lynack dagegen meint, noch sei die Umgehung nicht tot. Er setzt nun auf die Hildesheimer Bundestagsabgeordneten.

Die Nordumgehung beschäftigt Politiker und Bürger in Hildesheim seit Jahrzehnten, sie soll Himmelsthür und die Innenstadt entlasten. Das Land hat sie für den Bundesverkehrswegeplan angemeldet. Der Bund stufte die Straße jedoch im Frühjahr nur in der Kategorie „weiterer Bedarf“ ein – wie auch den Ausbau des Stichkanals bei Hildesheim und die Ortsumgehungen für Wülfringen und Eime.

In seinem Schreiben an Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt macht sich Minister Lies nun dafür stark, diese drei Projekte in den „vordringlichen Bedarf“ hochzustufen, um ihre Realisierungschancen bis 2030 zu erhöhen. Das B1-Projekt für Himmelsthür und Hildesheim taucht in der Liste aber nicht auf. Für Grünen-Chef Rübiger lässt das nur eine Schlussfolgerung zu: „Das Land glaubt nicht daran, die Sache bis 2030 noch in Gang zu bringen.“ Das Thema Nordumgehung sei damit durch.

Eine Erkenntnis, die ganz im Sinne der Grünen ist. Sie sind ohnehin gegen den Bau der Straße. Nach den neuesten Erhebungen mache der Durchgangsverkehr, der auf die Umgehung ausweichen sollte, nur einen Anteil von 15 Prozent aus. „Die anderen 85 Prozent wollen aber raus aus Hildesheim oder hinein“, rechnet Rübiger vor. Angesichts dieser Zahlen sei es unverhältnismäßig, für 90 Millionen Euro eine neue Straße zu bauen.

Für den SPD-Politiker Lynack legen die Grünen den Lies-Brief allerdings zu weit aus. „Natürlich bringt uns die Lage derzeit nicht weiter“, räumt der Himmelsthürer ein, dessen Partei sich die Umgehung wünscht. Aber der Minister habe in seinem Schreiben eben nur einige Projekte „exemplarisch genannt“, meint Lynack. Das Land habe ohnehin alles für das Vorhaben getan. „Jetzt sind mal unsere Abgeordneten in Berlin gefragt.“



Die Nordumgehung soll auch die Kaiserstraße entlasten. Doch das werde mit dem Projekt ohnehin kaum gelingen, meinen die Grünen: Schließlich handele es sich nur bei einem geringen Anteil der Fahrzeuge um Durchgangsverkehr.

Foto: Gossmann

Vermutungen, die niedrige Einstufung der Nordumgehung könne den dritten Hildesheimer Autobahnanschluss gefährden, weist Lynack zurück. „Das hat nichts miteinander zu tun.“ Das sieht Grünen-Chef Rübiger genauso. Der sieht bei aller Zufriedenheit mit der Umgehungs-Beerdigung durchaus Bedarf, den Durchgangsverkehr auf andere Wege zu führen. „Wir sollen überlegen, wie wir die Fahrzeuge auf die Strecke an der Münchewiese bekommen“, meint Rübiger.

Ob er und seine Parteifreunde die Stellungnahme von Lies tatsächlich so verstanden haben, wie der sozialdemokratische Minister sie gemeint hat, ließ sich gestern nicht in Erfahrung bringen: Die Pressestelle des niedersächsischen Wirtschaftsministeriums ließ eine HAZ-Anfrage in der Sache unbeantwortet.

Lösung für Himmelsthür muss her

KOMMENTAR

VON
RAINER BREDA



Es ist eine sang- und klanglose Beerdigung: So heftig manche Diskussion über Sinn und Unsinn der Nordumgehung in den vergangenen Jahren in Hildesheim verlief, so still wird das Projekt nun wohl in Berlin und Hannover zu Grabe getragen. Anders jedenfalls lässt sich die Nicht-Erwähnung der Straße im Minister-Schreiben

kaum auslegen. Die Grünen dürften mit ihrer Bewertung Recht haben – unabhängig davon, dass ihnen diese politisch aus nachvollziehbaren Gründen auch zupass ist.

Die Frage jedoch, wie die Menschen in Himmelsthür vor dem Verkehrslärm der Bundesstraße 1 geschützt werden können, ist damit keineswegs erledigt. Ideen gibt es schon, nun müssen Lösungen folgen. Wer immer auch nach der Kommunalwahl am 11. September im Hildesheimer Stadtrat das Sagen hat, muss sich damit beschäftigen.